

# FREIBERUFLER-TICKER vom 6.12.2013

## 1. Öffentliche Konsultation zu Patientensicherheit und Pflegequalität

Die Generaldirektion für öffentliche Gesundheit der EU-Kommission hat am 4. Dezember 2013 eine öffentliche [Konsultation](#) zu Patientensicherheit und Pflegequalität gestartet. Ziele dieser Konsultation ist u.a. herauszufinden, ob die Maßnahmen der Empfehlung von 2009 zur Patientensicherheit umgesetzt wurden, welche Bereiche der Patientensicherheit nicht von der Empfehlung abgedeckt wurden und was auf europäischer Ebene über die Empfehlung hinaus für die Patientensicherheit getan werden könnte. Die Konsultation läuft bis zum 28. Februar 2014, Hintergrundinformationen finden Sie [hier](#).

## 2. EU-Standards zur Verbesserung der Qualität von Praktika

Am 4. Dezember 2013 hat die EU-Kommission einen [Vorschlag](#) „zu einem Qualitätsrahmen für Praktika“, COM(2013)857, veröffentlicht. Diese Leitlinien sollen die Transparenz bei den Praktikumsbedingungen steigern (z.B. durch schriftliche Praktikumsvereinbarung mit Angaben zu Arbeitsbedingungen und Lerninhalten) und gemeinsame Qualitätsstandards herstellen, sodass den Praktikanten faire Bedingungen und qualitativ hochwertige Arbeitserfahrungen garantiert werden.

## 3. Brüsseler Steuerforum 2013 – Nachgang

Im Nachgang des 7. Brüsseler Steuerforums 2013 zum Thema „Ein leistungsfähiges Mehrwertsteuersystem“, welches von dem für Steuern, Zoll, Statistik, Audit und Betrugsbekämpfung zuständigen EU-Kommissar Algirdas Šemeta am 18. November 2013 in Brüssel organisiert wurde, können die Reden, Präsentationen sowie eine Videoaufzeichnung [online](#) abgerufen werden.

## 4. Mitteilung zur Freizügigkeit in der EU

Am 25. November 2013 hat die EU-Kommission eine [Mitteilung](#) zum Recht auf Freizügigkeit – d.h. überall in der EU arbeiten, leben und studieren zu können – veröffentlicht, COM(2013) 837. Die darin enthaltenen fünf Aktionen zur Unterstützung der nationalen und lokalen Behörden beziehen sich auf die Sicherstellung der Anwendung der EU-Vorschriften zur Freizügigkeit in der Praxis, die Förderung des Austauschs bewährter Verfahren zwischen lokalen Behörden, die Förderung der sozialen Inklusion sowie das Verhindern von Scheinehen. Ferner soll Ende 2013 ein Leitfaden von

EU-Kommission und Mitgliedstaaten zur Anwendung der Vorschriften über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit erscheinen. Detailliertere Informationen finden Sie [hier](#).

## **5. Kommissionsvorschlag zur Unternehmensbesteuerung**

Am 25. November 2013 hat die EU-Kommission Änderungen zu wichtigen EU-Vorschriften im Bereich der Unternehmensbesteuerung vorgeschlagen, die im [Aktionsplan](#) zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung vorgesehenen waren. Unter anderem sollen der Schutz gegen missbräuchliche Steuerpraktiken in der sog. Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie 2011/96/EU des Rates vom 30. November 2011 über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten, ABl. L 345 vom 29.12.2011) eingedämmt und für bestimmte Gestaltungen zur Steuerplanung (Gestaltungen mit Hybridanleihen) keine Steuerbefreiung gewährt werden. Die Mitgliedstaaten sollen die geänderte Richtlinie bis zum 31. Dezember 2014 umsetzen. Den o.g. Richtlinienvorschlag „zur Änderung der Richtlinie [...] über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften“, KOM(2013)814, finden Sie [hier](#).

## **6. Legislativpaket der EU-Kommission zu Verfahrensgarantien in Strafverfahren**

Die EU-Kommission hat am 27. November 2013 ein Legislativpaket vorgelegt, welches den Unionsbürgern EU-weit faire Verfahren in Strafverfahren bieten soll. Das Legislativpaket besteht aus insgesamt fünf Vorschlägen, unter denen sich drei Richtlinien (zur Stärkung der Unschuldsvermutung, zum Recht auf vorläufige Prozesskostenhilfe sowie zu besonderen Verfahrensgarantien für Kinder) und zwei Empfehlungen der Kommission an die Mitgliedstaaten (zu Verfahrensgarantien in Strafverfahren und zum Recht auf Prozesskostenhilfe in Strafverfahren) befinden. Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Generaldirektion Justiz](#) der EU-Kommission.

## **7. Griechenland übernimmt EU-Ratspräsidentschaft**

Ab dem 1. Januar 2014 übernimmt Griechenland den Vorsitz im Europäischen Rat für die erste Jahreshälfte 2014. Die vier Hauptprioritäten Griechenlands konzentrieren sich auf Wachstum und Beschäftigung, Einwanderungen, Grenzen und Mobilität, Förderung der Integration der Eurozone sowie maritime Politik. Weitere Informationen finden Sie auf der Seite der griechischen EU-Ratspräsidentschaft: [www.gr2014.eu](http://www.gr2014.eu).